Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorauniederlausitz
Postscheck-Konto: Nr. 954 Berlin NW. 7

(Sorauer Wochenblatt)
Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Fernsprecher Nummer 22 und 37
Giro-Konto bei der Reichsbank

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (freibleibend): In Sorau in den Ausgabestellen für August 250 000 Mk., ins Haus gebracht 250 500 Mk., auf dem Lande in den Ausgabestellen der nahe Sorau gelegenen Ortschaften 250 350 Mk., der weiter gelegenen 250 630 Mk., ins Haus gebracht 500 Mk. mehr, durch die Post bezogen 250 036 Mk. einschl. Bestellgeld. — Wochenkarten, nur in der Geschäftsstelle Friedenstraße 2: 62 500 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitseinstellung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes" oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (freibleibend): Die 9gespaltene Kolonelzeile für Anzeigen aus Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 12 000 Mark, für auswärtige Anzeigen 24 000 Mark; im Reklameteil die 4gespaltene Kolonelzeile je Millimeterhöhe 30 000 Mark, für auswärts 60 000 Mark. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Rabatt nach festem Tarif, nur gültig bei Barzahlung innerhalb 10 Tagen; bei späterer Zahlung, bei Konkursen und bei Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 203 — Freitag, den 31. August 1923 — 113. Jahrgang

Frankreichs Währungs-„Politik" gegen Deutschland.

Von Dr. Georg Borberg.

„350 Milliarden Bankraub", d. h. 350-Tausend Millionen, haben die Franzosen allein in den Geschäftsstellen der großen Banken des Rhein- und Ruhrgebietes „beschlagnahmt", zu deutsch: gestohlen oder durch Drohung mit Waffengewalt erpreßt oder nach gewaltsamer Oeffnung der Geldschränke und Tresors mit allen Mitteln der modernen Einbrecher-„Kunst" geraubt. Da die am schwersten betroffene Reichsbank auf Befehl der Entente eine reine Privatbank geworden ist, so war all dies Geld Privateigentum, ebenso wie der Inhalt der Brieftaschen, die Uhren und Kostbarkeiten, welche die Franzosen den Leuten auf den Straßen weggenommen haben, — um „Kontributionen" — die sie deutschen Städten auferlegt hatten — zu decken — wie die Lohngelder, die sie den Kassenwagen und Kassenboten der großen Industrieunternehmungen raubten, um die deutschen Arbeiter auszuhungern, und die in städtischen Kassen „beschlagnahmten" Erwerbslosenunterstützungen. Der Raub von Staatsgeldern ging noch nebenher! Diese Politik ist wirklich eine „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln."

O glorreiches Frankreich! In diesem Reiche einer „Kämpfer für Recht und Freiheit" fehlt auch der Typus der Bankdefraudanten nicht, der mit gestohlenem Gelde Börsengeschäfte macht! Denn was ist aus jenen 350 Bankmilliarden und den ungezählten anderen Raubgeldern geworden? An die großen Börsen des Auslandes, in Paris, London, Neuyork haben die Franzosen sie gebracht, haben deutsche Mark milliardenweise angeboten und verkauft, um den Kurs der Mark tiefer und tiefer zu drücken, und nicht nur fertiges Geld haben sie verwendet, sondern auch mit geraubten Druckplatten deutsches Geld nachgemacht und dieses Falschgeld ausgegeben.

Hunderte von Milliarden in Banknoten, die dem Wirtschaftsleben im Ruhr- und Rheinlande geraubt waren, konnten natürlich nicht ohne Ersatz bleiben; die Reichsbank mußte denselben Betrag gänzlich unproduktiv noch einmal liefern und so, gezwungen durch die Franzosen, die Papiergeldflut steigern, in der der Wert der Mark immer tiefer sinkt.

Diese Gewaltmaßregeln Frankreichs zur Vernichtung der deutschen Währung sind natürlich nicht die einzigen Gründe dafür, daß die deutsche Reichsmark, von der Mitte Januar, kurz nach dem Einfall der Franzosen ins Ruhrgebiet, noch 6000 bis 10 000 gleich einem Dollar waren, in der ersten Augustwoche auf den 4 bis 6 Millionsten Teil des Dollars gefallen war; aber sie symbolisieren trefflich die rücksichtslose französische Politik zur planmäßigen Vernichtung von Deutschlands Finanzkraft, auf welche ja schon die Bestimmungen des Versailler Zwangsfriedens zugeschnitten sind.

Während die deutsche Mark schon deshalb langsam im Werte sinken müßte, weil die deutsche Volkswirtschaft dauernd höhere Werte vom Auslande bezieht, als sie dorthin abgibt, das deutsche Nationalvermögen also ständig abnimmt, hat das Deutsche Reich von Mitte Januar bis zum 20. Juli fast 6000 Milliarden zur Ausführung des Friedensvertrages ausgegeben, von denen England 1000 Milliarden bar, Italien 327 Milliarden in Kohlen und Kohlenprodukten erhalten hat und fast 2300 Milliarden für Wiederaufbaulieferungen draufgegangen sind. Dazu kommen die ungeheuren Einbußen der deutschen Volkswirtschaft sowohl wie der deutschen Reichsfinanzen infolge der Herausstrennung des Industriegebietes an der Ruhr aus dem deutschen Wirtschaftskörper, der von dorther nichts mehr empfängt — aber ständig Waren und Zahlungsmittel dorthin schaffen muß — um die 4 Millionen Ruhreinwohner vor dem Verhungern zu schützen.

Diese ungeheuren äußeren Abzapfungen aus der deutschen Volkswirtschaft und den Reichsfinanzen müssen den Wert der Mark stark sinken lassen, und weil er sinkt, darum steigen die Ziffern weiterer Ausgaben ins Unfaßbare: eine März mit einer Milliarde veranschlagte Aufwendung konnte, Anfang August geleistet, 100 Milliarden verschlingen. Die dadurch erforderte Vermehrung des deutschen Papiergeldes aber setzt dessen Wert wiederum herab, und so bewegt sich das deutsche Geldwesen in einem von den Westmächten mit Bewußtsein herbeigeführten Kreislauf von Fehlern, in dem es völlig zugrunde gehen muß.

Und trotzdem hört man aus Paris immer wieder die heuchlerische Anklage, Deutschland verschlechtere selbst, mit Absicht und aus Bosheit gegen Frankreich, die deutsche Währung! Es fehlt eben kein Zug im Bilde der französischen Verbrecherpolitik gegen Deutschland; der Räuber, Einbrecher und Falschmünzer hetzt auch noch gegen sein Opfer mit dem Rufe: Haltet den Dieb!

Die Bluttat in Albanien.

Paris, 29. August. In Rom herrscht nach hiesigen Blättermeldungen große Erregung über die Ermordung der drei italienischen Offiziere in der Grenzregulierungskommission die an der albanischen Grenze überfallen wurden. Nach neuen Einzelheiten der italienischen Blätter sind die Mörder griechische Staatsangehörige. Die französischen und englischen Mitglieder der Militärkommission sind in keiner Weise belästigt worden.

Ueber die Bluttat bringt das Wolffbureau folgenden Bericht seines römischen Berichterstatters:

Die auf der Straße Janina-Santi Quaranta ermordeten italienischen Mitglieder der Grenzfestsetzungskommission für die griechisch-albanische Grenze sind der General Tellini, der Stabsarzt Corti, der Leutnant Bonacini, der Dolmetscher Graveri und der Chauffeur Farneti. Wie die „Agencia Stefani" meldet, hat das Verbrechen in ganz Italien den tiefsten Eindruck gemacht. Die albanische Regierung hat dem Ministerpräsidenten Mussolini ihr Beileid ausgesprochen. Nach vorliegenden Berichten wurde das Attentat östlich von dem griechischen Grenzposten Kamadia an einer Stelle verübt, an der die Straße durch einen dichten Wald führt. Der albanische Delegierte fuhr dem italienischen Automobil voraus. Wenige Minuten, nachdem er die Stelle passiert hatte, mußte das italienische Automobil die Fahrt verlangsamen und anhalten, weil ein Baumstamm quer über die Straße gelegt worden war. In diesem Augenblick wurde der Wagen beschossen. Von dem in der Nähe liegenden griechischen Grenzposten aus wurden 30 bis 40 Schüsse gehört. Der Stabsarzt Corti wurde im Wagen getötet. Die vier anderen konnten noch aussteigen und einige Schritte weitergehen. Die Leiche des Generals Tellini wurde etwa 20 Meter vom Automobil entfernt im Straßengraben gefunden. Der griechische Oberst Bozaki, der dem italienischen Kraftwagen in großem Abstande folgte, traf an der Unglücksstelle erst ein, als alles vorüber war und die Täter bereits die Flucht ergriffen hatten. Die Leichen der Ermordeten wurden nach Janina gebracht.

Die albanische Gesandtschaft in Rom verbreitet eine Mitteilung, in der die obigen Vorgänge im wesentlichen bestätigt werden. U. a. heißt es in bestimmter Form:

Als die italienische Delegation in der Gegend von Delcinaki auf griechischem Gebiet ungefähr 20 Kilometer von der albanischen Grenze entfernt ankam, wurde sie von einer bewaffneten griechischen Bande angehalten, und General Tellini, Major Corti, Leutnant Bonazini, der Chauffeur Farneti und der albanische Dolmetscher Craveli wurden von ihr durch Gewehrschüsse ermordet. Die Nachricht von diesem verabscheuungswürdigen Verbrechen hat tiefe Bestürzung in ganz Albanien hervorgerufen, welches diese Opfer als Märtyrer seiner nationalen Sache betrachtet."

Die griechische Regierung wird verantwortlich gemacht.

Rom, 29. August. Das Pressebüro veröffentlicht folgende Mitteilung: Aus den Ereignissen vor der Ermordung, aus anderen Anzeichen und Tatsachen, ferner aus sämtlichen übereinstimmenden Nachrichten aus verschiedenen Quellen vom Schauplatz der Ermordung, sowie aus dem fortgesetzten Verleumdungs- und Aufreizungsfeldzuge der griechischen Presse gegen Italien und die italienische Militärmission hat die italienische Regierung die Ueberzeugung gewonnen, daß die moralische und auch die materielle Verantwortung für den Mord auf die griechische Regierung fällt. Aus diesem Grunde hat der Regierungschef in der Gewißheit, die Gefühle der Entrüstung der ganzen italienischen Nation zum Ausdruck zu bringen, den Gesandten Montagna beauftragt, Griechenland eine schriftliche Note zu überreichen, in der Italien folgendes fordert:

1. Entschuldigungen in ausführlichster amtlicher Form an die italienische Regierung, die durch die höchste griechische Militärbehörde der italienischen Gesandtschaft in Athen zu übermitteln sind; 2. einen feierlichen Trauergottesdienst für die Opfer des Mordes in der katholischen Kirche in Athen in Gegenwart sämtlicher Regierungsmitglieder; 3. Ehrenbezeugungen für die italienische Flagge durch die griechische Flotte im Piräus vor einer Flottendivision, die sich zu dem ausdrücklichen Zweck dorthin begeben wird. Diese Ehrenbezeugungen sollen bestehen in Salven von 21 Kanonenschüssen seitens der griechischen Schiffe, die während der Salven die italienische Flagge auf ihren Masten hissen sollen; 4. Die strengste Untersuchung soll von den griechischen Regierungsbehörden vorgenommen werden. Diese Untersuchung soll innerhalb fünf Tagen nach Annahme dieser Forderungen durchgeführt werden; 5. Die Todesstrafe für alle Schuldigen; 6. Eine Entschädigung von 50 Millionen italienischer Lire, zahlbar innerhalb fünf Tagen nach Ueberreichung dieser Note; 7. Militärische Ehrenbezeugungen vor den Leichen der Ermordeten während der Einschiffung auf einem italienischen Schiff in Prevesa. Die italienische Regierung fordert, daß Griechenland in kürzester Frist antworte.

*

Die italienische Flotte zur Abfahrt bereit.

Die römische „Tribuna" bringt eine Meldung aus Tarent, wonach ein Teil der italienischen Schlachtflotte, der für die Abhaltung der alljährlichen Flottenmanöver in den Gewässern von Tarent lag, von Rom aus den Befehl erhalten hat, die Manöver abzubrechen und sich in voller Kriegsausrüstung zur Abfahrt mit versiegelter Order bereit zu halten.

*

Das Mailänder Griechenkonsulat gestürmt

Rom, 29. August. Wegen der Ermordung der italienischen Militärmission in Albanien sammelte sich gestern abend vor dem griechischen Konsulat in Mailand eine ungeheure Menschenmenge an. Das Gebäude wurde gestürmt, das griechische Wappen heruntergerissen und fortgeschleppt. Mussolini blieb bis heute morgen um 4 Uhr mit mehreren Offizieren des Kriegsministeriums zusammen, um die schwierige Lage zu besprechen. Es steht noch nicht fest, welche Maßnahmen getroffen werden sollen. Italien wolle aber, wie es heißt, unter keinen Umständen dulden, daß das durch die Ermordung der italienischen Mission begangene Verbrechen ungesühnt bleibe.

Entäuschung über Belgiens Antwort

London, 29. August. Die Ueberreichung der belgischen Note hat nicht die Entspannung gebracht, die man zunächst erwartet hatte. Im Gegenteil, es ist wieder ein allgemeiner Pessimismus aufgetaucht. Man stellt fest, daß Belgien ebensowenig wie Frankreich dem englischen Standpunkt nicht im geringsten gerecht zu werden versucht. Die belgischen Minister gehen nicht auf die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit ein, sondern nennen Ziffern, die darauf hinauslaufen, daß man der deutschen Regierung wieder eine feste Summe vorschreiben müßte.

„Westminster Gazette" schreibt u. a., die belgische Note erwecke den Eindruck, daß es zwecklos sei, den Notenaustausch fortzusetzen. Auch durch freundschaftliche und diskrete Unterredungen zwischen den alliierten Ministern könnten die Meinungsverschiedenheiten nicht überbrückt werden. Es sei besser, sofort anzuerkennen, daß weder die französische noch die belgische Note irgendeine wirkliche Annäherung an den englischen Standpunkt hinsichtlich der Besetzung des Ruhrgebietes, der Feststellung der deutschen Leistungsfähigkeit und der Regelung der interalliierten Schulden biete.

London, 29. August. Reuter erfährt, der allgemeine Eindruck, der im zuständigen, jedoch nicht offiziellen Kreisen heute vorherrsche, sei, daß die belgische Note die Frage nicht sehr beträchtlich gefördert habe. Tatsächlich sei man der Ansicht, daß die Lage ungefähr ebenso unklar sei, wie vor dem Notenaustausch zwischen England und seinen Alliierten. Das Ruhrproblem, das in England allgemein als der Angelpunkt der gesamten Frage angesehen werde, sei sicher einer Lösung nicht näher gebracht worden.

Nur noch Monatsvorauszahlungen für die Beamten.

Den Blättern zufolge hatte gestern der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding mit den Spitzenorganisationen der Beamten eine Besprechung über die Frage der Vorauszahlung der Beamtengehälter. Der Minister erklärte, daß er sich bei der augenblicklichen finanziellen Lage des Reiches gezwungen sehe, die vierteljährlichen Vorauszahlungen einzustellen und die Gehälter nur noch monatlich im voraus zahlen zu lassen. Bevor die entsprechende Gesetzesvorlage an den Reichstag geht, wird nochmal eine Aussprache mit den Spitzenorganisationen stattfinden, nachdem sie den Beamten von der gestrigen Vorbesprechung Kenntnis gegeben haben. Auch das Reichskabinett wird sich laut Vorwärts mit der Angelegenheit befassen. Die Neuregelung soll am 1. Oktober in Kraft treten.

Dr. Hilferding führte den Gewerkschaftsvertretern gegenüber aus, daß er alle notwendigen Maßnahmen ergreifen werde, um eine weitere Inflation zu verhindern. Die vierteljährlichen Vorauszahlungen und die am 23. August erfolgte Vorauszahlung des Teuerungszuschlages für den kommenden Monat hätten auf die schwebende Schuld des Reiches einen unheilvollen Einfluß ausgeübt. Er halte es deshalb für notwendig, die kassentechnischen Rücksichten, die für die Vorauszahlung der Vierteljahrsgehälter bisher maßgebend gewesen seien, zurückzustellen.

Die Reichsgetreidestelle erhöht den Getreidepreis.

Mit Wirkung vom 3. September ab werden gemäß Beschluß des Reichskabinetts die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle für das von ihr an die Kommunalverbände zur Markenbrotversorgung gelieferte Getreide für die Tonne auf 40 Millionen Mark im Durchschnitt erhöht.

Seit der letzten Heraufsetzung am 23. August 1923 sind infolge der außerordentlichen Markentwertung die sonstigen Kosten des Markenbrotes derartig gestiegen, daß sie in ein nicht weiter erträgliches Mißverhältnis zu dem Getreideabgabepreis geraten sind. Der Anteil des Mehles im Brotpreis beträgt nämlich in der Woche vom 20. August ab nur noch etwa vier Prozent des Markenbrotpreises gegenüber 96 Prozent sonstiger Unkosten, während er in normalen Verhältnissen — wie vor dem Kriege — im Durchschnitt etwa 61 Prozent gegen 39 Prozent sonstige Unkosten ausmachte. Durch diese Entwicklung entstehen für die Reichsgetreidestelle immer mehr sich steigernde Verluste, die ein Festhalten an dem bisherigen Abgabepreis ausschließen und ein ernstes Hindernis auf dem Wege der Gesundung unserer Geld- und Finanzverhältnisse darstellen. Auch nach der Erhöhung wird der